

Name:

Datum:

Straße:

Ort:

An

Bezirksregierung Arnsberg

Abteilung Bergbau und Energie

Goebenstr. 25

44135 Dortmund

Betr.: Einwendungen gegen den Sonderbetriebsplan Abbaueinwirkungen auf das
Oberflächeneigentum

Bergwerk West Flöz: Girondelle 5 Bauhöhe: 630, 632

Gegen obigen SBP erhebe ich bezogen auf mein Grundstück

folgende Einwendungen:

Der RAG als Privatunternehmen mit nur noch gemeinschädlicher Wirkung und der Bedeutungslosigkeit des Beitrages zur Energiegewinnung darf nicht gestattet werden, mit öffentlichen Mitteln Privat- wie öffentliches Eigentum zu zerstören.

Das Bergwerk West ist in jedem Fall zur Schließung für 2012 vorgesehen. Es kann nicht sein, dass kurz vor Ende des hiesigen Steinkohlebergbaus noch „verbrannte Erde“ hinterlassen wird.

Eine Erhöhung von Ewigkeitskosten bei ungewisser Absicherung über die RAG-Stiftung ist nicht zulässig.

Weiterhin befürchte ich schwerste Gebäudeschäden gemäß dem Moers-Kapellen Urteil des BVG. Die Unmenge von Unstetigkeitszonen bzw. Bruchkanten lassen mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Totalverlust erwarten.

Die Genehmigung ist daher zu versagen.

Sollte die Bergbehörde wider besseres Wissen eine Genehmigung aussprechen, so müssen zumindest folgende Auflagen erfolgen:

Vor Zulassung des Sonderbetriebsplanes ist sicherzustellen:

1. Der Hochwasserschutz muss vor Beginn des Abbaus auf gleichem Niveau gemäß dem „Risk Assessment-Verfahren“ der RWTH Aachen erhalten bzw. erstellt werden.
2. Alle im Einflussbereich des SBP befindlichen Bauwerke sind auf Standsicherheit, Möglichkeit des Totalschadens und erforderliche Bergsicherungsmaßnahmen von unabhängigen Gutachtern zu untersuchen.
3. Die RAG muss rechtsverbindliche Zusagen der Kostenübernahme abgeben für:
3.1 Deichverbandsgebühren;

- 3.2 Elementarschadensversicherung zum Hochwasserschutz;
- 3.3 Prämien für Bergschadensversicherung, da die DSK erfahrungsgemäß nicht alle Schäden beseitigen lässt;
- 3.4 angemessener Minderwertausgleich bei angemessener Bestimmung von Schief lagen entsprechend der maximalen Schief lage ohne beschönigende Mittelung
- 3.5 Untersuchung der Hausanschlussleitung für Abwasser und ggfs. Sanierung der durch bisherige Abbauten entstandenen Schäden
- 4. Erderschütterungen sind auch nach dem 2. Teil der DIN 4150 zu betrachten und verbindlich auszuschließen

Der Sonderbetriebsplan darf nach Erfüllung der obigen Forderungen nur mit folgenden Auflagen genehmigt werden:

- 1. 7-Tage Abbau-Betrieb
- 2. Abbau auf maximalen Vortrieb von 3 m pro Tag beschränken
- 3. Einrichtung von mindestens 3 Messstellen zur Ermittlung der Erderschütterungen

Unterschrift